

Sachverständigenratsgutachten 2025/2026

„Perspektiven für morgen schaffen – Chancen nicht verspielen“

1. Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft wuchs im ersten Halbjahr 2025 um 1,2 Prozent und damit im Vergleich zum Zeitraum der Jahre 2015 bis 2024 leicht unterdurchschnittlich (+1,4 Prozent). Das zentrale Wachstumshemmnis bildete die Handelspolitik der US-Regierung. Diese führte weltweit zu Vorzieh- und Rückpralleffekten und störte dadurch auch die globale Industrieproduktion. Durch stark ansteigende Importe der USA im ersten Quartal ging die Wirtschaftsleistung der Vereinigten Staaten merklich zurück. Erst im zweiten Quartal setzte eine Gegenbewegung ein, die die Verluste des ersten Quartals jedoch nicht vollständig kompensieren konnte.

Für das zweite Halbjahr 2025 und das Jahr 2026 erwartet das Gutachten ebenfalls eine – im langjährigen Vergleich – unterdurchschnittliche Wachstumsdynamik. Pro Quartal erwartet das Gutachten Wachstumsraten zwischen 0,5 und 0,6 Prozent statt der durchschnittlichen 0,7 Prozent. Für das Jahr 2025 bedeutet das eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr von 2,6 Prozent. Im Jahr 2026 wächst die Weltwirtschaft der Prognose zufolge dann nur noch um 2,3 Prozent. Verantwortlich ist auch hier die Handelspolitik der US-Regierung, die insbesondere den weltweiten Warenhandel ausbremsen wird und in der Folge auch die globale Industrieproduktion. Das Wachstum im Prognosezeitraum wird dem Gutachten zufolge überwiegend in China und den übrigen Schwellenländern stattfinden. Aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften erwarten die Autoren nur geringe Wachstumsbeiträge.

Die größten Schwankungen verzeichnete im laufenden Jahr der globale Warenhandel. Durch Vorzieheffekte stieg dieser im ersten Quartal 2025 um 3,4 Prozent. Große Teile dieses Anstiegs entfielen auf die USA und die übrigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Im zweiten Quartal ging der Warenhandel in einer Gegenbewegung um 0,3 Prozent zurück. Verantwortlich für diesen Rückgang waren fast ausschließlich die Vereinigten Staaten. In vielen anderen Weltregionen, darunter China und der Euro-Raum, wurden erneut mehr Waren gehandelt. Im dritten Quartal 2025 weitete China seine Importe merklich aus, wodurch der Warenhandel wieder um 0,9 Prozent wuchs.

Durch die starken Schwankungen im Warenhandel stieg die Industrieproduktion im ersten Quartal 2025 um 0,9 Prozent an. Im zweiten (+0,8 Prozent) und dritten Quartal (+0,4 Prozent) schwächte sich das Wachstum des industriellen Outputs dann wieder ab. Zur Entwicklung des Dienstleistungssektor auf globaler Ebene macht das Gutachten in diesem Jahr keine Angaben.

Einen Fokus legt der Sachverständigenrat hingegen auf die Wechselkurse zwischen den verschiedenen zentralen Währungen. So hat der Euro in den letzten Monaten und Jahren sowohl gegenüber dem Dollar als auch gegenüber dem chinesischen Renminbi stark aufgewertet. Diese Entwicklung verschlechtert die preisliche Wettbewerbsfähigkeit europäischer Exporteure unmittelbar und führt aktuell zu einem Rückgang der europäischen Exporte bei gleichzeitig steigenden chinesischen Ausfuhren.

Insgesamt setzt die chinesische Wirtschaft ihren Wachstumspfad fort, wenn auch mit abnehmendem Tempo. Im ersten Quartal 2025 wuchs die chinesische Wirtschaft um 1,2 Prozent, im zweiten Quartal um 1,0 Prozent und im dritten Quartal um 1,1 Prozent. Für das Gesamtjahr 2025 erwartet das Gutachten für China ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 5,0 Prozent. Im Jahr 2026 soll sich das Wachstum auf 4,5 Prozent abschwächen. Die chinesische Industrie bleibt ein wichtiger Wachstumstreiber, vor allem aufgrund steigender Warenausfuhren. Die Investitionstätigkeit, insbesondere in Bauten, wächst wegen der anhaltenden Immobilienkrise hingegen weiter unterschiedlich.

Die Konjunktur im Euroraum wurde im Laufe des Jahres von den durch die USA ausgelösten Handelskonflikten geprägt. Während das BIP im ersten Quartal 2025 um 0,6 Prozent anstieg, verlangsamte sich das Wachstum im zweiten Quartal auf 0,1 Prozent. Für den starken Anstieg im ersten Quartal waren zu großen Teilen steigende Pharma-Exporte aus Irland verantwortlich. Irland ausgenommen, expandierte die Wirtschaft der Eurozone nur um 0,3 Prozent. Für das zweite Halbjahr 2025 und das Jahr 2026 erwartet das Gutachten des Sachverständigenrats zwar eine positive, aber geringe Wachstumsdynamik. So soll das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone im Jahr 2025 um 1,4 Prozent und im Jahr 2026 um 1,0 Prozent wachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2024 lag das durchschnittliche jährliche Wachstum bei 1,6 Prozent.

Innerhalb der Eurozone zeigt sich eine heterogene wirtschaftliche Entwicklung. Die italienische und die französische Volkswirtschaft wachsen aktuell unterdurchschnittlich. Für das Jahr 2025 erwartet das Gutachten für Italien ein Plus von 0,5 Prozent und für 2026 von 0,6 Prozent. Das französische Bruttoinlandsprodukt soll in beiden Jahren um 0,8 Prozent expandieren. Die spanische Wirtschaft wächst hingegen sehr dynamisch. Für das Jahr 2025 erwartet das Gutachten 2,8 Prozent Wachstum. Aufgrund der internationalen Handelskonflikte soll das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2026 langsamer expandieren. Mit 2,0 Prozent wird die spanische Wirtschaft aber erneut überdurchschnittlich wachsen.

Das größte Risiko für die globale Konjunktur ist aus Sicht des Sachverständigenrats, dass die US-Regierung bilaterale Zollabkommen wieder aufkündigt oder neue Handelsbarrieren errichtet. Nicht nur leidet darunter der internationale Warenhandel, auch könnten aufgrund der wirtschaftspolitischen Unsicherheit Investitions- und Konsumentscheidungen aufgeschoben werden. Für den Euroraum könnte eine Zuspitzung der politischen Lage in Frankreich zum Problem werden. Wenn die Zinsen auf Staatsanleihen durch den Vertrauensverlust in die französischen Staatsfinanzen weiter steigen, wäre die französische Regierung gezwungen, ihren Konsolidierungskurs noch weiter zu verschärfen.

2. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Nach zwei Jahren Rezession befindet sich die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr 2025 in einer Stagnation. Die sich im Sommer abzeichnende konjunkturelle Erholung ist nach Einschätzung des Sachverständigenrats wieder verfliegen. Neben konjunkturellen Faktoren sind der Strukturwandel sowie geopolitische Veränderungen für die Schwäche verantwortlich. Ein weiterer gewichtiger Aspekt ist die ausgeprägte Industrieschwäche. Damit entwickelt sie sich entgegen dem globalen Trend und verliert den Anschluss an die Weltwirtschaft. Die deutsche Industrie verliert zunehmend an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Verantwortlich sind überdurchschnittlich gestiegene Strom- und Energiepreise, überdurchschnittlich erhöhte Lohnstückkosten sowie eine erhöhte wirtschaftspolitische Unsicherheit.

Nachdem die deutsche Wirtschaft im Schnitt über die ersten drei Quartale stagnierte, erwartet der Sachverständigenrat im vierten Quartal ein leichtes Plus, sodass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahresdurchschnitt um 0,2 Prozent höher liegt als im Vorjahr. Für 2026 erwartet der Rat ein BIP-Wachstum von 0,9 Prozent. Damit bewegt er sich am unteren Rand der aktuellen Prognosen. Eine echte Dynamik ist daraus nicht ablesbar, zumal 0,3 Prozentpunkte des erwarteten Wachstums auf die höhere Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen ist.

Der private Konsum wird der Prognose zufolge nur verhalten expandieren- um 0,9 Prozent in diesem und um 0,7 Prozent im kommenden Jahr. Die Nettoentgelte werden moderat zulegen, die Inflation wird 2025 bei 2,2 Prozent und 2026 bei 2,1 Prozent liegen. Angesichts der Verunsicherung bleibt die Konsumneigung schwach.

Die Bauinvestitionen dürften im kommenden Jahr erstmals seit 2020 (!) wieder wachsen. Verantwortlich sind vor allem staatliche Investitionen im Tiefbau im Rahmen des Sondervermögens. Die Wohnungsbauinvestitionen könnten leicht zunehmen, für den sonstigen Hochbau sind wenig Impulse zu erwarten. Insgesamt rechnet der Rat mit einem Anstieg der Bauinvestitionen von 1,7 Prozent im kommenden Jahr, nach einem gleich hohen Rückgang im laufenden Jahr.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden derzeit vor allem von den staatlichen Verteidigungsausgaben gestützt. Im kommenden Jahr sollten auch die privaten Ausrüstungsinvestitionen anziehen, allerdings nur schwach. Positive Impulse kommen von den verbesserten Abschreibungsbedingungen. Nach einem Rückgang der gesamten Ausrüstungsinvestitionen um 2,4 Prozent in diesem Jahr werden sie 2026 der Prognose zufolge um 2,8 Prozent zunehmen.

Der Außenhandel wirkt negativ auf die Wirtschaftsleistung in Deutschland. Die zunehmende Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie wirkt sich bremsend auf die Exporte aus. Verstärkt wird dies durch die Importzölle der USA und durch die Aufwertung des Euro. Nach einem leichten Rückgang von 0,2 Prozent im

laufenden Jahr, werden die deutschen Ausfuhren im kommenden Jahr nur schwach um 0,4 Prozent zulegen. Das Wachstum wird im Wesentlichen durch die Exporte in den Euroraum getragen. Die Importe werden sich in beiden Jahren besser entwickeln als die Exporte – mit einem Plus von 3,5 Prozent in diesem und von 2,2 Prozent im kommenden Jahr. Impulse kommen nach Einschätzung des Sachverständigenrats vor allem von der Einfuhr von Verteidigungsgütern.

Am Arbeitsmarkt machen die Sachverständigen erste Entspannungstendenzen aus. Im Zuge der schwachen konjunkturellen Erholung sollte die Arbeitslosigkeit leicht zurückgehen. Die Zahl der Arbeitslosen wird der Prognose zufolge von 2,947 Millionen im Jahresdurchschnitt 2025 auf 2,888 Millionen in 2026 zurückgehen, die Arbeitslosenquote sinkt in der Folge von 6,3 auf 6,1 Prozent. Die Beschäftigung wird weiter leicht steigen – um 0,3 Prozent auf 35,079 Millionen im kommenden Jahr. Unverändert steigt die Beschäftigung vor allem in der öffentlichen Verwaltung und in staatsnahen Dienstleistungssektoren wie Gesundheit, Pflege und Erziehung, während in der Industrie Beschäftigung abgebaut wird. Zudem geht der Beschäftigungsaufbau praktisch allein auf die Teilzeit zurück, sodass das Arbeitsvolumen kaum steigt.

3. Wirtschaftspolitik

Der Sachverständigenrat kritisiert deutlich, dass im Bundeshaushalt 2025 und im Haushaltsentwurf 2026 die eigentlich festgelegte „Zusätzlichkeit“ der Ausgaben aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) unterlaufen wird, da zahlreiche Mittel des SVIK reguläre Haushaltsmittel ersetzen. In der Folge fallen die Wachstumseffekte des Sondervermögens gering aus. Der Rat fordert daher, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Einhaltung der Zusätzlichkeit zu präzisieren und durch ein unabhängiges Monitoring der SVIK-Mittelverwendung zu begleiten.

Um die Standortattraktivität Deutschlands zu erhöhen, müssen nach Ansicht des Rats die effektive Unternehmenssteuerbelastung reduziert und verzerrende Regelungen wie z. B. die ungleiche Behandlung von Fremd- und Eigenkapitalfinanzierung oder der unvollständige Verlustausgleich abgeschafft werden.

Darüber hinaus sieht der Rat einen umfassenden Abbau von Bürokratie erforderlich. Dazu können u.a. die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und die (Teil-)Automatisierung der Informationspflichten beitragen.

Um die Vermögensungleichheit zu reduzieren, schlägt der Sachverständigenrat vor, die Vermögensbildung etwa durch ein staatlich gefördertes Vorsorgedepot zu stärken. Zudem plädiert er für eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer und hierbei u.a. für einen Lebensfreibetrag und – was sehr kritisch zu sehen ist – eine Reduzierung der



Begünstigung von Betriebsvermögen. In einer abweichenden Meinung spricht sich das Ratsmitglied Prof. Dr. Veronika Grimm klar gegen diese Maßnahmen aus.

Da der Strukturwandel die Regionen in Deutschland unterschiedlich trifft, spricht sich der Sachverständigenrat dafür aus, den Wandel regional differenziert durch eine auf Aus- und Weiterbildung fokussierte Arbeitsmarktpolitik zu begleiten.

Auf EU-Ebene fordert der Sachverständigenrat, nach wie vor bestehende Handelshemmnisse abzubauen und insbesondere die Kapitalmarktunion zu vollenden.

4. Eckdaten der Prognose für Deutschland

<i>Sofern nicht anders angegeben preisbereinigt, Veränderung gg. Vj. in Prozent</i>	2024	Prognose Sachverständigen- rat	
		2025	2026
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	+0,2	+0,9
Private Konsumausgaben	+0,5	+0,9	+0,7
Konsumausgaben des Staates	+2,6	+2,0	+2,0
Ausrüstungsinvestitionen	-5,4	-2,4	+2,8
Bauinvestitionen	-3,4	-1,7	+1,7
Sonstige Anlageinvestitionen	+0,2	+3,7	+3,8
Exporte	-2,1	-0,2	+0,5
Importe	-0,6	+3,5	+2,2
Exportüberschuss, nominal, in Mio. Euro	163,6	96,1	73,8
Verbraucherpreise	+2,2	+2,2	+2,1
Produktivität je Stunde	-0,3	+0,2	+0,7
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen, nominal	-8,1	-0,9	+4,1
Arbeitnehmerentgelt, nominal	+5,5	+4,3	+3,4
Bruttolöhne u. -gehälter, nominal	+5,5	+3,8	+3,3
Nettolöhne u. -gehälter, nominal	+5,5	+2,4	+2,6
Lohnstückkosten, real	+2,4	+1,0	-0,4
Erwerbstätige, in Tsd.	45.987	45.997	46.041
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in Tsd.	34.934	34.898	35.079
Arbeitslose, in Tsd. (nationale Definition)	2.787	2.947	2.888
Arbeitslosenquote (in Prozent aller inländischen Erwerbspersonen)	6,0	6,3	6,1

Ansprechpartner

Elias Kerperin

Abt. Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422

elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de